

Der Vollzugsdienst

1/2023 – 70. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Auch 2023 wird wieder ein Jahr mit zahlreichen Herausforderungen

Übergriffe auf Bedienstete im Justizvollzug haben zugenommen

Seite 3

Geiselnahme macht betroffen: Junger BSBD fordert eine bessere Personalausstattung

Der Vorfall in der JVA Burg muss die Politik wachrütteln

Seite 9

Jetzt sollen den gemachten Wahlversprechungen auch die Taten folgen

Erinnerung an die Zusagen aus dem Koalitionsvertrag

Seite 40

Foto: Have a nice day / stock.adobe.com

Generalverdacht gegen Staatsdiener

Warum BSBD und DBB die geplante Verschärfung des Disziplinarrechts ablehnen.

Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 1 + 2 dieser Ausgabe.



MECKLENBURG-VORPOMMERN



SAARLAND



THÜRINGEN

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 BSBD-Bundesvorsitzender
René Müller im Interview:
„Generalverdacht gegen Staatsdiener“
- 3 Gemeinsam sind wir stark!
Auch 2023 wird wieder ein Jahr mit
Herausforderungen
- 4 dbb Bundesgewerkschaftstag in Berlin:
Problematiken des Justizvollzugs
werden wahrgenommen
- 5 dbb Kampagne: wir. für euch.
Interview mit Vivian Wernert
- 7 Auferstanden aus Ruinen –
Strafvollzug in der DDR und heute
- 8 Demokratie im Wandel –
Die Pandemie und Putins Krieg
- 8 Bundesseminare 2023
- 9 BSBD-Mitgliederinformation
- 9 Junger BSBD fordert bessere
Personalausstattung

LANDESVERBÄNDE

- 10 Baden-Württemberg
- 18 Berlin
- 22 Brandenburg
- 27 Hamburg
- 30 Hessen
- 37 Mecklenburg-Vorpommern
- 40 Niedersachsen
- 43 Nordrhein-Westfalen
- 57 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 69 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen
- 63 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaefsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 2: 13. März 2023



ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 2: 12. April 2023



BSBD-Vorsitzender René Müller im Interview

„Generalverdacht gegen Staatsdiener“

Warum BSBD und DBB die geplante Verschärfung des Disziplinarrechts ablehnen

Können Beamte künftig ohne Gerichtsurteil aus dem Staatsdienst entlassen werden? Ein neues Bundesgesetz zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren soll das möglich machen. Die Bundesregierung will damit ein Zeichen gegen Reichsbürger und andere Extremisten im öffentlichen Dienst setzen. Sie geht dabei aber den falschen Weg, sagt der Vorsitzende des BSBD, René Müller, im Interview.

Herr Müller, nach der Aufdeckung von Umsturzplänen rechtsextremer Reichsbürger im vergangenen Jahr bereitet Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) eine Gesetzesänderung vor, um extremistische Beamte schneller als bisher aus dem Dienst entfernen zu können. Die Initiative findet in der Politik Beifall von allen Seiten. Nur beim Beamtenbund und auch beim BSBD nicht. Warum nicht?

Wir stimmen dem Kern des Anliegens zu, dass nämlich extremistische Beamte schneller als bisher aus dem Dienst entfernt werden können. Allerdings halten wir es für falsch, dass man dafür jetzt das Disziplinarrecht ändert. Die Instrumente, die wir mit den geltenden Bestimmungen haben, sind völlig ausreichend und haben sich über Jahrzehnte bewährt.

Nun verweisen die Bundesregierung und auch Experten darauf, dass es oft Jahre dauert, bis ein auffällig gewordener Beamter aus



René Müller,
BSBD-Bundesvorsitzender

dem Staatsdienst entfernt werden kann. Das liegt auch daran, dass die Entscheidung letztlich bei einem unabhängigen Verwaltungsgericht liegt. Genau das soll jetzt geändert werden, auch damit Extremisten Verfahren nicht künstlich in die Länge ziehen können und noch jahrelang ihre Bezüge vom Staat erhalten. Was spricht gegen die Reform?

Ich meine, dass man Staatsdienern rechtlich das Gleiche zugestehen muss wie allen anderen Bürgern. Mit der ge-

planten Verschärfung des Disziplinargesetzes schwächen wir aber die Position der Beamten statt sie auch im Kampf gegen den Extremismus zu stärken.

Das verstehe ich nicht ganz: Die neue Regelung sieht zwar vor, dass die Behörden künftig eigenständig über eine Entfernung aus dem Dienst entscheiden können, aber den Betroffenen steht trotzdem noch der Klageweg offen. Wo liegt das Problem?

Das geplante neue Gesetz würde dazu führen, dass ein Beamter oder eine Beamtin in der Zeit, in der das Disziplinarverfahren läuft, nicht mehr alimentiert wird. Manchmal reicht aber eine Denunziation aus, um ein Disziplinarverfahren gegen Beamte einzuleiten. Wenn es dann für den Betroffenen schlecht läuft, weil bestimmte Indizien ins Feld geführt werden, wird er womöglich aus dem Dienst entlassen. Er kann zwar dagegen klagen, und es kann sich herausstellen, dass es gar keine stichhaltigen Beweise dafür gibt, dass er sich extremistisch verhalten oder betätigt hat. Mittlerweile hat er aber mit dem Verdienst auch seine Existenzgrundlage verloren. Ich finde: So können wir mit denjenigen, die die Demokratie schützen und schützen sollen, nicht umgehen.

Zu den Verdächtigen der aufgedeckten Umsturzpläne in Deutschland gehören auch Beamte, Polizisten und sogar eine Richterin. Ist das nicht Anlass genug, um über eine Verschärfung des Disziplinarrechts nachzudenken?

Insgesamt haben die Fälle solcher extremistischen Aktivitäten nicht zugenommen. Innerhalb der Gruppe, gegen die sich die Razzien Ende vergangenen Jahres richteten, gibt es nur einen verschwindend geringen Teil von Staatsdienern, die sich offenbar radikalisiert haben. Solche Personen haben wir bisher schon aus dem Dienst aussortiert – mit rechtsstaatlichen Mitteln, die dafür völlig ausgereicht haben und auch weiterhin völlig ausreichend wären.

„Es muss klar sein: Wer verfassungsrechtlich auffällt, fliegt“, hat Boris Pistorius (SPD) noch als



Foto: magale-picture/stockadobe.com

Innenminister in Niedersachsen zu den neuen Gesetzesplänen gesagt. Würden Sie das unterschreiben?

Das unterschreibe ich. Da darf es kein Vertun geben: Wer als Beamter oder als Angehöriger des öffentlichen Dienstes vom Staat bezahlt wird, der hat sich nicht nur nach den rechtsstaatlichen Prinzipien zu richten, er muss auch die Verfassung schützen. Und jeder Verstoß dagegen muss entsprechend geahndet werden. Aber das wird schon seit Jahrzehnten so gemacht. Dafür haben wir unter anderem das Disziplinarrecht. Es räumt aber jedem Betroffenen die Möglichkeit ein, sich vor Inkrafttreten einer Disziplinarmaßnahme noch einmal rechtlich Gehör zu verschaffen. Das wird mit der Gesetzesverschärfung ausgehebelt, und das darf nicht sein.

Gibt es in den Haftanstalten eine besondere Problematik, etwa weil Beamte hier schnell Vorwürfen von Gefangenen ausgesetzt sein können?

Wir haben in den Haftanstalten eine spezielle Situation: Jede und jeder Gefangene ist in seinem Handeln und Tun reglementiert – und oft müssen Bedienstete im Strafvollzug bestimmte Anträge oder Gesuche von Gefangenen negativ bescheiden. Das wiederum führt zu Unmut bei Gefangenen, die aber ihren Frust nicht richtig ablassen können. Also versuchen sie, den Beamten oder die Beamtin mit falschen Behauptungen zu diskreditieren. Das kommt leider im Justizvollzug sehr, sehr häufig vor. Das muss dann disziplinarrechtlich untersucht werden. Nach dem neuen Disziplinarrecht könnte ein Beamter aufgrund solcher Behauptungen und einer entsprechenden Indizienlage ohne gerichtliches Verfahren aus dem Dienst entfernt werden.

Bisher gilt, dass ein Verfahren solange als schwebend zu betrachten ist, bis die Entscheidung eines Disziplinarermittlers im Zweifel durch die Staatsanwaltschaft und ein Gericht überprüft worden ist. Das ist auch gut so.

Sehen Sie mit Blick auf die Beamten im Strafvollzug Entwicklungen, die Anlass zur Sorge bieten? Haben Sie Erkenntnisse, dass mehr Beamte als früher eine extremistische Gesinnung zeigen?

Nein. Das kann ich ausschließen. Was es aber gibt, ist ein wachsender Frust – auch durch solche Maßnahmen wie die Gesetzesinitiative, über die wir gerade

sprechen. Unsere Bediensteten fürchten, dass sie in Zukunft nicht mehr die Fürsorge und den Rückhalt ihres Arbeitgebers haben. Dazu kommt: Eine Gesetzesverschärfung, wie sie jetzt geplant ist, führt letztlich auch zu einem Generalverdacht gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes. Denn sie legt nahe, dass es hier ein zunehmendes Extremismus-Problem gibt. Das stimmt aber nicht.

Welche Chancen sehen Sie, die Gesetzesverschärfung zu verhindern?

Der Deutsche Beamtenbund hat sich klar gegen das geplante neue Gesetz positioniert, und ich denke und hoffe,

BSBD und DBB lehnen die geplante Verschärfung des Disziplinarrechts ab.



Foto: zollinterek/stock.adobe.com

dass die Forderungen des DBB, die ja auch unsere sind, Gehör bei der Politik finden.

Braucht es, um solche Debatten zu entschärfen, vielleicht zusätzliche Schutzmaßnahmen, um auszuschließen, dass Reichsbürger und andere Menschen mit extremistischer Gesinnung in den Staatsdienst übernommen werden? Früher gab es den sogenannten Radikalenerlass...

Schon die Assessmentcenter, die für die Einstellung von Neuanfängern im öffentlichen Dienst zuständig sind, haben Instrumente, um Bewerber auf Herz und Nieren zu prüfen. Wir können sehen, wie sich jemand in den sozialen Medien bewegt, wir prüfen, ob jemand im Bundeszentralregister für Straftaten

aller Art geführt wird. Das sind ja schon Untersuchungen, die auch die Privatsphäre der Prüflinge betreffen. Ich denke, wir haben gute Instrumente an der Hand, und ich wüsste nicht, wie zusätzliche Instrumente aussehen sollten.

Noch zu einem anderen Thema: Nach den diesjährigen Silvesterkrawallen ist die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte und Rettungskräfte wieder in den Mittelpunkt öffentlicher Debatten gerückt. Können Sie für den Bereich des Justizvollzugs etwas dazu sagen?

Die Gewalt gegen Beamte ist ja gerade im Justizvollzug kein neues Phänomen. Aber die Schwere der Angriffe hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Das sehen wir bei diversen Geiselnahmen in den Haftanstalten, aber auch im Alltag der Justizvollzugsbeamten: Bei Übergriffen auf Bedienstete werden zunehmend Stichwaffen und andere selbstgebaute Waffen eingesetzt, oder auch Behälter mit kochendem Wasser, die eigens präpariert werden.

Ein weiteres Problem ist, dass die Zahl der Menschen mit psychischen Auffälligkeiten in den Haftanstalten zugenommen hat. Das hat auch damit zu tun, dass durch die Überfüllung des Maßregelvollzuges mehr psychisch auffällige Personen im Justizvollzug untergebracht werden. Auch dadurch kommt es vermehrt zu schweren Angriffen auf Bedienstete.

Eine Studie der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer hat untersucht, welche Berufsgruppe die am meisten angegriffene Berufsgruppe neben der Polizei ist. Und da liegt der Justizvollzug ganz klar vorn.

Findet dieses Thema noch zu wenig Aufmerksamkeit?

Ja. Wichtig ist vor allem, den Vollzugs- wie auch den Rettungskräften den Rücken zu stärken – zum Beispiel, indem die vorhandenen Gesetze gegen solche Gewalt- und Straftäter viel schärfer angewendet werden als bisher. Wir brauchen eine absolute Null-Toleranz-Politik gegen Gewalt. Speziell erwarten wir, dass man gerade gegenüber den Vollzugsbediensteten, die manchmal ihr Leben zum Schutz der Bevölkerung vor Straftätern einsetzen, eine entsprechende Fürsorge zeigt.

Interview:
Volker Goebel

GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Auch 2023 wird wieder ein Jahr mit Herausforderungen

Vorab wünsche ich allen, auch im Namen der Bundesleitung, ein gesundes, neues und erfolgreiches Jahr. Wir werden alles daransetzen, dass das Jahr 2023 gewerkschaftlich erfolgreich wird, denn auch das Jahr 2023 stellt uns vor zahlreiche Herausforderungen.

Die Tarifverhandlungen für den TV-L stehen erneut an und wir werden unseren Zielen und Forderungen wiederholt Nachdruck verleihen. Bereits im letzten Jahr forderte der **dbb** für Bund und Kommunen 10,5 % und wurde für die, nach Angaben der Politik, zu hohe Forderung kritisiert. Die anhaltende Inflation und die mittlerweile für andere Institutionen geforderten Gehaltserhöhungen (bspw. Post 15 %) sprechen für sich und belehren unseren Arbeitgeber hoffentlich eines Besseren.

Der öffentliche Dienst darf im Vergleich zur Wirtschaft nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten. Der Fachkräftemangel und das Ausbleiben geeigneter Bewerber überrollt momentan den öffentlichen Dienst und erst recht den Justizvollzug.

Die Landesregierungen in den meisten Ländern haben die Entwicklungen und die Steigerung der Personaldefizite im Justizvollzug schlichtweg verpennt, und noch immer sind die Ministerien finanziell nicht genügend ausgestattet, um notwendige Anreize für die Berufe in den Vollzugsanstalten zu schaffen.

Fehlendes Personal: Forderungen und Vorschläge des BSBD sind klar formuliert

Viele Bundesländer schaffen es noch nicht einmal, die von den Gerichten vorgeschriebene amtsangemessene Alimentierung ihrer Beamtinnen und Beamten umzusetzen. Es scheint fast unmöglich, die unbesetzten Stellen in den Justizvollzugsanstalten zu besetzen. Davon zeugen nicht nur unbesetzte Lehrgänge im Allgemeinen Vollzugsdienst, sondern die seit Jahren unbesetzten Stellen im AVD, im Krankenpflagedienst, in den Verwaltungen, im sozialen und psychologischen Dienst, im Werkdienst und, und ... Dabei verweist der **BSBD** erneut darauf, dass eine Stellenerhöhung in allen Bundesländern notwendig ist, wenn wir die an uns gestellten Ansprüche einer ordentlichen Resozialisierung realisieren sollen, die den Namen verdient. Die Forderungen und Vorschläge der

BSBD-Landesverbände und die des Bundesverbandes sind klar formuliert und, sollten sie weiterhin nicht umgesetzt werden, wird sich die Gewerkschaft erneut Gehör verschaffen. Dabei setzen wir natürlich auf Eure Unterstützung, um dem Arbeitgeber „öffentlicher Dienst“ und damit der Politik zu verdeutlichen, dass angesichts der gestiegenen Anforderungen in den Vollzugsanstalten, dem fehlenden Personal, der Zunahme von Gewalt gegen Bedienstete und der immer schwieriger und psychisch auffälliger Klientel von Inhaftierten ein Sicherheitsdefizit für die Bevölkerung entstehen wird.

Die Attraktivität der Berufe im Justizvollzug muss nach wie vor deutlich gesteigert werden, um das dringend erforderliche Personal zu gewinnen.

Dass schwere Übergriffe auf Bedienstete zunehmen wurde bereits mehrfach publiziert und u. a. über die Studie der Uni Speyer veröffentlicht. Ein weiterer trauriger Höhepunkt war die Geiselnahme in der JVA Burg Mitte Dezember letzten Jahres. In den Medien wurde dieser Vorfall dieses Mal publiziert und da es sich bei dem Geiselnahmer um den inhaftierten Attentäter von Halle handelte, der durch seine vorausgegangene Straftat mediale Aufmerksamkeit erlangte. Von der überwiegenden Zahl schwerer Übergriffe auf das Vollzugspersonal wird sonst kaum berichtet oder nur in Randnotizen. Auch in 2022 wurden zahlreiche Mitarbeitende des Justizvollzuges im Dienst verletzt und einige davon so schwer, dass sie nicht

mehr dienstfähig sind. An dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen weiterhin beste Genesungswünsche. (Zur Geiselnahme in der JVA Burg lesen Sie auch den Beitrag der **BSBD-Jugendvertretung** auf Seite 9 in dieser Ausgabe.)

Nur wenig Kenntnis über die Arbeitsbedingungen in den Justizvollzugsanstalten

Die Berichterstattung einiger weniger TV-Sender über den Vorfall in der JVA Burg geben Anlass zur Kritik. Vorschnell und ohne hinreichend gesicherte Informationen wurden Behauptungen und Mutmaßungen als vermeintliche Tatsachen geschildert.

Schnell wurde die Schuld der Ermöglichung der Geiselnahme angeblich beim Personal gefunden und wie diesen Vorfall begünstigt hätten oder sogar Beihilfe geleistet haben.

Dabei hätte ein einfacher Faktencheck ausgereicht, um aufzuzeigen, dass Übergriffe auf das Gefängnispersonal zum traurigen Berufsalltag gehören. Es wurde erneut deutlich, wie erschreckend wenig die Medien Kenntnis über die Situation und die Arbeitsbedingungen in einer Justizvollzugsanstalt haben und wie salopp man mit nicht bestätigten Informationen umgeht.

Es bleibt eine der zentralen Aufgaben unserer Gewerkschaft, in der Öffentlichkeit präsent zu sein und die Bevölkerung über die Zustände und Widrigkeiten im Justizvollzug aufzuklären, um für Unterstützung zu werben und für mehr Transparenz unseres



Die immer wieder schwerwiegenden Übergriffe auf das Vollzugspersonal finden kaum mediales Interesse.

Foto: photokozyr/stock.adobe.com

Berufsalltags zu sorgen. Vertrauen und Verständnis in der Öffentlichkeit für die Arbeit in den Vollzugsdiensten sind für die breite Unterstützung der Bevölkerung und damit für die Arbeit im Justizvollzug elementar. Somit auch die Unterstützung einer Nulltoleranz gegen Gewalt gegen Sicherheitskräfte. Eine weitere Gesetzesverschärfung für Übergriffe auf Vollzugspersonal läuft regelmäßig ins Leere, wenn schon die vorhandenen Spielräume der Gerichte bei der Verhängung von Strafen in diesem Bereich nicht ausgeschöpft werden.

Falsche Informationen und Unterstellungen

Es gibt zahlreiche Lippenbekenntnisse der Politik für eine Nulltoleranz gegen Gewalt gegen Bedienstete des öffentlichen Dienstes und eine Stärkung der Vollzugs- und Rettungskräfte. Aus unserer Sicht wird jedoch aus einigen

Kreisen gleichzeitig ein latentes Misstrauen gegen unsere Ordnungs- und Sicherheitskräfte genährt. Falsche Informationen und Unterstellungen, dass unsere Sicherheitskräfte vermeintlich breit von subversiven verfassungsfeindlichen Kräften unterwandert seien, wie es auch einige wenige Medien unterstellen, schüren damit einen sogenannten Generalverdacht. Daher sieht auch der **BSBD Bund** eine geplante Änderung des Disziplinargesetzes kritisch. Die Gesetzesänderung soll bewirken, dass verfassungsfeindliche Bedienstete schneller aus dem Dienst entfernt werden können. Das Ziel unterstützen wir vorbehaltlos, denn Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes, die sich nicht zur Verfassung und zur demokratischen Grundordnung bekennen, sind nicht nur in den Diensten des Staates, den sie schützen sollen, an der falschen Stelle. Allerdings nicht über den Weg

einer Gesetzesänderung, sondern über die strukturelle und personelle Verstärkung der ermittelnden und rechtsprechenden Organe. Der **BSBD Bund** hat hierzu seine entsprechende Stellungnahme abgegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder, der **BSBD** ist die stärkste Interessengemeinschaft der Bediensteten im Justizvollzug und die Gewerkschaft mit Fachkompetenz. Auch in 2023 müssen wir unsere Kräfte bündeln und für die Interessen der Mitarbeitenden des Justizvollzuges eintreten. Dabei kommt es auf jeden Einzelnen an. Unterstützt den **BSBD Bund** und eure **Landesverbände**, nicht nur in den Tarifauseinandersetzungen.

„Gemeinsam stark“ ist keine Floskel, sondern ein unumstößlicher Fakt, den wir nutzen müssen und werden.

René Müller
BSBD-Bundesvorsitzender

dbb Bundesgewerkschaftstag in Berlin

Problematiken des Justizvollzugs werden wahrgenommen



Über den **dbb Bundesgewerkschaftstag** in Berlin wird in dieser Ausgabe und an anderen Stellen zahlreich und ausführlich berichtet. Der **BSBD** gratuliert dem alten und neuen Bundesvorsitzenden **Ulrich Silberbach** sowie seinen Stellvertretern **Friedhelm Schäfer** und **Volker Geyer** sowie der neuen Bundesleitung zu ihrer Wahl für die verantwortungsvollen Posten ganz herzlich.

Natürlich begrüßen wir auch, dass ein Neumitglied der Bundesleitung mit dem Bundesvorsitzenden der **DPoIG** Bundespolizei **Heiko Teggatz** die

Vollzugsbelange aus eigenem Erleben kennt und uns hoffentlich vor allem in Vollzugsangelegenheiten unterstützt.

Wir gehen davon aus, dass wir die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem **dbb** und dem **BSBD** fortführen und weiterentwickeln.

Der Justizvollzug hat in den letzten Jahren an Standing zugenommen, und die im **dbb** Verantwortlichen nehmen die Problematiken des Justizvollzuges intensiver wahr.

Davon zeugte nach unserem Verständnis auch die Berücksichtigung des Justizvollzuges in der Kampagne „**dbb: wir. für euch.**“ in der Plakataktion des **dbb Bund** und auch der öf-

fentlichkeitswirksame Auftritt unserer Jugendvertreterin **Vivian Wernert** beim öffentlichen Teil des **dbb** Gewerkschaftstages. (Interview, geführt durch den **JVB**, in dieser Ausgabe)

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle neben dem Engagement von **Vivian Wernert** für den **BSBD Bund** auch bei den **BSBD-Delegierten** des Gewerkschaftstages, denn bei dem Tagungs-marathon inklusive der Wahlen waren Tagungsdisziplin, Loyalität und Durchhaltevermögen gefragt.

Wir wünschen der gesamten dbb Bundesleitung weiter eine erfolgreiche Arbeit im Sinne unserer Mitglieder.

René Müller ■

dbb Kampagne

wir. für euch.

Im Fokus der Kampagne wir. für euch. stehen Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst, die Tag für Tag, Nacht für Nacht systemrelevante Aufgaben übernehmen und dafür sorgen, dass Deutschland funktioniert. dbb Chef Ulrich Silberbach machte zum Kampagnen-Start deutlich: „Nach mehr als zwei-einhalb Jahren Corona-Pandemie und Jahrzehnten des strukturellen Personalmangels ist es an der Zeit, dem öffentlichen Dienst sichtbar Rückendeckung zu geben, und dieser Appell richtet sich an die Politik und die Gesellschaft gleichermaßen.“

Im Interview mit dem Redakteur der JVB-Presse erzählt die junge Hamburger Justizvollzugsbeamtin **Vivian Wernert**, wie sie Teil der bundesweiten Kampagne wurde und was sie für ihre Kolleginnen und Kollegen erreichen möchte.

JVB-Presse: Wie kam es dazu, dass Du Teil der dbb Kampagne wurdest?

Vivian Wernert: Ich versuche durch die Gewerkschaftsarbeit im LVHS (Landesverband hamburgischer Vollzugsbeamter) und der BSBD-Jugend (Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland) auf unsere oft unterschätzte Arbeit im Justizvollzug immer wieder aufmerksam zu machen. Unser Vorsitzender **René Müller** schlug mich



Plakatwerbung für den öffentlichen Dienst: Unsere Kollegin Vivian Wernert aus Hamburg ist das Gesicht des Justizvollzugs bei der neuen dbb Kampagne.

für diese außergewöhnliche Kampagne vor und ich empfinde es immer noch als eine große Ehre, dem Justizvollzug ein Gesicht geben zu dürfen.

JVB-Presse: Welche Botschaft hat die dbb Kampagne?

Vivian Wernert: Was den öffentlichen Dienst ausmacht, ist den meisten Menschen bewusst. Wie systemrelevant und unterschätzt er wird, allerdings nicht. Die Kampagne zeigt die Menschen, die jeden Tag dafür sorgen, dass Deutschland funktioniert. Die Menschen, die greifbar auf Plakaten zu sehen sind, gaben ihren Berufen ein Gesicht, weil sie stolz darauf sind, was sie täglich leisten. Zwar laufen viele Räder nicht immer flüssig und hin und wieder steckt Sand im Getrie-

be, aber ich bin mir sicher, ein jeder tut in seinem Beruf, was er kann.

JVB-Presse: Was war Deine Botschaft auf der Bühne des Gewerkschaftstages?

Vivian Wernert: Dem Justizvollzug steht das Wasser bis zum Hals. Personalmangel kann man nicht schönschreiben oder dauerhaft vertuschen. Die physischen und psychischen Belastungen, aber auch die politisch gegebenen Aufgaben wie die Resozialisierung der Gefangenen, werden für unsere Kolleginnen und Kollegen immer herausfordernder. Kaum ein Mensch sieht, was wir hinter den Mauern alles leisten. Erst wenn diese transparent werden, erhält unser Beruf die Anerkennung und politische Unterstützung, die er verdient.

JVB-Presse: Was hat Dich motiviert, dieses Statement zu setzen?

Vivian Wernert: Meine Kolleginnen und Kollegen motivieren mich. Das Engagement der Bediensteten im Justizvollzug ist enorm. Wir arbeiten jeden Tag mit Menschen zusammen, die aufgrund von Straftaten bei uns zu Gast sind. Dass diese nicht die einfachsten Charaktere sind, ist wahrscheinlich jedem bewusst, was das allerdings für die Arbeit mit ihnen bedeutet nicht. Wir wählen keinen Beruf, bei dem wir Situationen 8 Stunden täglich auf dem Papier einschätzen müssen. Papier ist geduldig, unsere Klientel meistens nicht. Wir können den Gefangenen nicht in eine Schublade packen, das Licht ausmachen, nach Hause gehen und morgen den Gedanken wieder ein-



Uli Silberbach stellte die dbb Kampagne und ihre Protagonisten beim Gewerkschaftstag vor.



Unsere Kollegin Vivian Wernert blieb – gemeinsam mit einer Berliner Polizeibeamtin – aus eigener Initiative heraus auf der Bühne stehen, um öffentlich ein Statement für den Justizvollzug zu setzen.

fangen oder den PC hochfahren. Wir arbeiten mit Menschen, die unaufschiebbare Anliegen haben und das zu jeder Tages- und Nachtzeit.

JVB-Presse: *Wie siehst Du die Nachwuchssituation und Ausbildungsinitiative im Justizvollzug?*

Vivian Wernert: Ich hoffe auf das Beste und erwarte das Schlimmste. Die Politik redet von Fachkräftemangel und einem damit verbundenen Bruch in der Infrastruktur. Meiner Meinung nach ist der erste Weg, Fachkräfte zu halten. Dies lässt sich auch übertragen auf unseren Beruf. Gute Arbeitsbedingungen, Aufstiegsmöglichkeiten und sicheres Arbeiten ergeben zufriedene Dienstleister. Glückliches Personal ist und bleibt die beste und vertrauensvollste Werbung für den eigenen Beruf. Ausbildungskräfte zu gewinnen und zu halten ist schwieriger denn je.

Unser Beruf spielt sich meistens im Verborgenen ab und darauf aufmerksam zu machen ist und bleibt eine Herausforderung. Ich denke, dass Kampagnen wie vom **dbb** ein guter Anfang sind, um Interesse zu wecken.

Viele kreative Köpfe haben viele kreative Ideen. Ich höre immer wieder von außergewöhnlichen Informationsaustauschen und Personalgewinnungsmethoden aus verschiedenen Bundesländern wie z. B. einem Speeddating für Bewerber in Baden-Württemberg.

Wir dürfen nicht so arrogant denken und davon ausgehen, dass geeignetes Personal zu uns kommt. Wir müssen unsere zukünftigen Kolleginnen und Kollegen davon überzeugen, dass man

auf der richtigen Seite lebenslanglich bei uns bekommen und glücklich werden kann.

JVB-Presse: *Nehmen die Länder hierfür zu wenig Geld in die Hand? Also sind einige Probleme hausgemacht, vielleicht sogar haushaltsgemacht?*

Vivian Wernert: Geld allein oder Bezahlung als Motivationsmittel zu wäh-



Thomas Benedikt und Ralf Simon dankten Vivian Wernert für ihr Statement vor über 1200 Delegierten und Gästen bei der Öffentlichkeitsveranstaltung des dbb Gewerkschaftstags: „Das war eine Klasse Aktion!“

len wäre zu einfach. Unser Gehalt ist gut, wir verdienen allerdings wesentlich mehr. Wir brauchen mehr denn je sichere Arbeitsräume, ein transparentes Beurteilungswesen und die Gewissheit, dass mein Beruf mich auf Dauer nicht in meinem Privatleben physisch oder psychisch beeinträchtigt.

Meine Generation, die Millennials, ist eine weltoffene Altersgruppe, die wechselhaft im Beruf ist und am Puls des Zeitenwandels den Takt vorgibt. Diese Generation für eine Beamtenlaufbahn zu gewinnen ist möglich. Das Gesamtpaket muss allerdings stimmen: sinnstiftende Arbeit, eine wertschätzende Arbeitskultur und eine gute Bezahlung. Die Arbeitsbedingungen von Justizvollzugsbediensteten sind im Süden des Landes anders als im Norden, Westen oder Osten. Wie kann das sein? Ist Herkunft bald wieder eine Leistung? Dieses Konstrukt verursacht ortsgebundenes Arbeiten und diverse Unterschiede in der Anzahl von geeigneten Bewerbungen unterhalb der Bundesländer.

JVB-Presse: *Jeder vierte im öffentlichen Dienst hat Gewalt am Arbeitsplatz erlebt. Im Justizvollzug beobachten wir einen Anstieg der Übergriffe durch – nicht selten psychisch auffällige – Gefangene. Was wünschst Du Dir für die Sicherheit Deiner Kolleginnen und Kollegen?*

Vivian Wernert: Ich wünsche mir angemessene Aufmerksamkeit. Gerade neuste Ereignisse weisen darauf hin, dass wir täglich und zu jedem Zeitpunkt damit rechnen müssen, dass manche

Gefangene zu allem bereit sind und vor nichts zurückschrecken. Das Dumme an unberechenbaren Gefangenen ist, man kann sich auf sie verlassen. Worauf leider ebenso Verlass ist, ist die Suche nach einem Schuldigen. Wir leben in einer Kultur, die fleißig nach Fehlern von anderen sucht. Angemessene Aufmerksamkeit bedeutet für mich, dass die Bediensteten, die vor Ort sind und arbeiten, keine Schelte für den Hergang in einer Gefahrensituation bekommen, sondern adäquate Unterstützung in der Verarbeitung und Vermeidung.

Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass meine größte Sicherheit und mein stärkster Schutz, die Kollegin oder der Kollege neben mir ist.

Ich wünsche mir, dass diese mir erhalten bleiben oder über den Lauf der Jahre noch mehr werden.

JVB-Pressse: Was wünscht Du Dir als junger Mensch für die Gewerkschaftsarbeit?

Vivian Wernert: Ich wünsche mir, dass die Gesellschaft meinen Beruf versteht und schätzt. Sicherheit geht uns alle an und sobald das verstanden wird, erhalten wir die Anerkennung und den Respekt, den wir verdienen. Wir besitzen keine präsenste Außenwerbung wie die Polizei mit ihren schicken Wagen, die zur Hilfe eilt, wenn man sie ruft oder die Feuerwehr, die rettet, wenn es brennt. In unserem Arbeitsfeld brennt es ständig und nur wir helfen uns gegenseitig. Leider sieht das hinter den Mauern niemand.

Trotz all der Schwierigkeiten begegne ich jeden Tag Menschen, die weitaus mehr leisten, als einfach nur Türen auf und zu zuschließen. Dieser Stereotyp prägt noch stets viele schlechte Serien und miese Hollywood-Filme. Mit vielen Kulturen und unterschiedlichen Charakteren zu arbeiten verdient weitaus mehr als nur einen Oscar. Ich wünsche mir als junge Gewerkschafterin nicht nur bessere Drehbuchautoren und Regisseure, sondern auch mehr Rampenlicht für meinen Beruf in der Gesellschaft.

JVB-Pressse: Wir danken Dir für dieses interessante Interview, Vivian.

Das Interview führte Thomas Benedikt im Januar 2023.

Fotos: dbb/Marco Urban und Thomas Benedikt

Auferstanden aus Ruinen

„Strafvollzug in der DDR und heute“

AUFERSTANDEN AUS RUINEN – Diese drei Worte aus der ehemaligen Nationalhymne standen auf der ersten Seite des BSBD-Bundesseminarprogramms. Eingeladen zu der Thematik „Strafvollzug in der DDR und heute“ hatte der Bundesseminarleiter Winfried Conrad nach Chemnitz, ehemals Karl-Marx-Stadt. Seiner Einladung waren 17 Kolleginnen und Kollegen gefolgt.

Bereichert wurde das Thema auch durch die Tatsache, dass vier Teilnehmer des Seminars auch schon zu DDR-Zeiten im Strafvollzug tätig waren. Den Beginn als Referent machte Kollege **Mario Pinkert**, langjähriger Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt. Seine Anstalt, die JVA Dessau liegt und lag ihm am Herzen. Trotz Schließung im Jahr 2015 hat Kollege **Pinkert** immer noch einen starken Bezug zu dieser Einrichtung. Sein hoch interessantes und informatives Referat unter der Überschrift „Strafvollzug in der DDR – ein Zeitzeuge berichtet!“ hatte er professionell vorbereitet. Die Teilnehmer konnten eine Vielzahl von Vorschriften und Bildmaterial aus Zeiten des DDR-Vollzuges in Augenschein nehmen. Noch

Bender schon von vorherigen Besuchen kennt, dankte ihr nochmals für die Möglichkeit, die JVA Chemnitz zu besuchen. Dank galt insbesondere aber der Kollegin **Silke Völker-Eckert**, die den Besuch der Gruppe hervorragend organisiert hatte.

Zunächst besichtigte die Seminargruppe die Einrichtung, bevor man in die Gespräche mit den Fachdiensten, dem örtlichen Personalratsvorsitzenden und den Vertretern des **BSBD-Ortsverbandes** einstieg. Auch hier waren die Teilnehmer*innen von der Offenheit und das kollegiale Engagement der Gesprächsteilnehmer*innen beeindruckt. Nach einem langen Tag – gespickt mit vielen Informationen – stand auch zum Abschluss die Behördenleiter



Foto: W. Conrad

Stunden hätten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Berichten des Kollegen zuhören können.

Am nächsten Tag stand der Justizvollzug in den neuen Bundesländern auf der Tagesordnung. Besucht wurde die Justizvollzugsanstalt Chemnitz. Diese JVA ist eine der größten Frauengefängnisse in Deutschland und kann auch auf eine DDR-Vergangenheit zurückblicken. In Chemnitz war zu DDR-Zeiten die zentrale Ausbildungseinrichtung für Bedienstete des DDR-Vollzuges.

Empfangen und begrüßt wurde die Seminargruppe von der Behördenleiterin **Eike König-Bender**. Bundesseminarleiter **Conrad**, der Frau **König-**

rin für Fragen zur Verfügung. Nach dem Besuch in der Mutter-Kind-Abteilung endete ein anstrengender Seminartag.

„Der Strafvollzug der DDR aus dem Blickwinkel des Westens. Nur Willkür und Kontrolle oder auch Behandlung“ lautete die Thematik, der sich der Referent **Winfried Conrad** stellte. Dank der Mitarbeit der gesamten Gruppe, insbesondere der Kollegin und der Kollegen die schon vor der Wende im Dienst in den DDR Gefängnissen waren, wurde auch dieser Seminarblock kurzweilig und informativ abgearbeitet.

Nicht nur der Justizvollzug in Sachsen, auch die Stadt Chemnitz zur Adventszeit ist eine Reise wert!

Demokratie im Wandel

Die Pandemie und Putins Krieg

Wir schaffen das! Ist die Demokratie in Deutschland noch zu retten? So lautete die provokante Überschrift des BSBD Bundesseminars. Seminarorganisator Winfried Conrad hatte zu dem Thema Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland eingeladen.

15 Seminarteilnehmer konnte **Winfried Conrad** im Hilton Hotel in Bonn begrüßen zu dem Thema: **Die Pandemie und Putins Krieg!** Die Auswirkungen und Nachwirkungen auf unsere Gesellschaft! begrüßen.

Conrad gliederte sein Referat in die Punkte Pandemie, Ukrainekrieg, Energiekrise und Zustand der Demokratie. Formulierte Thesen zu den einzelnen Themen wurden in der Gruppe lebhaft und engagiert diskutiert. Seit Corona tickt die Welt anders, so das Resümee der Gruppe.

Hat die Politik versagt? Droht das Ende der Demokratie?

Am zweiten Seminartag freuten sich die Teilnehmer auf den Besuch von **Alwin Theobald**. **Alwin Theobald** war früher saarländischer Justizvollzugsbediensteter in der JSA Ottweiler und zuletzt in Saarbrücken. Seit einigen Jahren ist er Landtagsabgeordneter der CDU im saarländischen Landtag.

Trotz der langen Anreise und engem Terminplan ließ er es sich nicht nehmen, zum Gelingen der Veranstaltung als Referent beizutragen. Sein Thema lautete: **Hat die Politik versagt? Droht das Ende der Demokratie?** Nach kurzem Einführungsreferat stieg man

in die Diskussion ein, in der auch vllzugliche Themen erörtert wurden.

Am Nachmittag besuchte die Seminargruppe das Haus der Geschichte in Bonn.

Das Museum zeigt in seiner Dauer Ausstellung die deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. In einer 90-minütigen Führung wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die deutsche Geschichte nach Kriegsende interessant und informativ vermittelt.

Den letzten Vormittag des Seminars gestaltete der Referent **Holger Ritteringer** zu dem Thema: **Das Volk der Querdenker, Verweigerer und Demokratiefeinde!**

An aktuellen Beispielen und rückblickend auf die Coronazeit konnte der Referent seine Thematik aufarbeiten. Dabei waren die Verschwörungstheorien um **Bill Gates**, der verschwörungsideologische Aktivist **Attila Hildmann** und der Erfinder der Querdenkerbewegung **Michael Ballweg** Diskussionsgrundlage.

Mit eingespielten Beiträgen über die genannten Aktivisten erläuterte er seine Ausführungen.

Die Seminarreihe zum Thema „Demokratie“ wird auch im Jahr 2023 fortgesetzt. ■

Bundesseminare 2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im Jahr 2023 wird der **BSBD-Bundesverband** für seine Mitglieder mindestens sieben Bundesseminare anbieten. Geplant sind – **unter Vorbehalt** – folgende Seminare:

„**Wiederholt sich die Geschichte?**“
– **Demokratieseminar**
22.02.2023 – 24.02.2023.
Veranstaltungsort: Koblenz
Seminarnummer: **2023 B 023 EK**

„**TVL – vor den Verhandlungen?**“
– **Tarifseminar**
25.04.2023 – 26.04.2023
Veranstaltungsort: Soltau
Seminarnummer: **2023 B 284 EK**

„**Seniorenarbeit im Verband!**“
– **Seniorenpolitik**
02.05.2023 – 04.05.2023
Veranstaltungsort: Erfurt
Seminarnummer: **2023 B 023 EK**

„**Muss Arbeit Spaß machen?**“
Die Antwort der Gewerkschaften auf die neue Arbeitswelt!“
– **Gewerkschaftsseminar**
04.09.2023 – 06.09.2023
Veranstaltungsort: Berlin
Seminarnummer: **2023 B 148 EK**

„**Hat Europa noch eine Zukunft?**“
– **Europapolitik**
12.09.2023 – 14.09.2023
Veranstaltungsort: Freiburg
Seminarnummer: **2023 B 304 EK**

„**Justizvollzug in den Niederlanden!**“ – **Strafvollzug in Europa**
06.11.2023 – 08.11.2023
Veranstaltungsort: Aachen
Seminarnummer: **2023 B 198 EK**

„**Zwischen Kontrolle und Willkür! Strafvollzug in der DDR!**“ – **Demokratieseminar und Strafvollzug**
06.12.2023 – 08.12.2023
Veranstaltungsort: Chemnitz
Seminarnummer: **2023 B 223 EK**

Seminarmeldungen müssen über die **Fortbildungsbeauftragten** der einzelnen Landesverbände erfolgen. Wenn in einem Landesverband keine Fortbildungsstelle installiert ist, kann auch die Interessenbekundung über den Bundesseminarleiter **Winfried Conrad** BSBD.Winfried.Conrad@t-online.de erfolgen.

Winfried Conrad
BSBD-Bundesseminarleiter ■



Die Seminargruppe vor dem Haus der Geschichte in Bonn.

Foto: W. Conrad

BSBD-Mitgliederinformation

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das neue Jahr 2023 bringt einige Veränderungen. Ab 1. Januar 2023 entfällt für gesetzlich krankenversicherte Mitarbeitende die Pflicht, eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung in Papierform vorzulegen.

Die Übermittlung der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung erfolgt ab diesem Zeitpunkt lediglich digital.

Hierzu werden die Daten zur Arbeitsunfähigkeit von den Arztpraxen elektronisch an die Krankenkassen übermittelt und diese wiederum stellen den Arbeitgebern nach entsprechender Abfrage die Daten ebenfalls digital zur Verfügung.

Die Anzeige- und Feststellungspflicht bleibt unverändert bestehen.

Die gesetzlich Krankenversicherten erhalten weiterhin einen Nachweis der Arbeitsunfähigkeit in Papierform.

Diese Bescheinigung sollte unbedingt aufgehoben werden, falls es zu Störungen bei der elektronischen Übermittlung kommt.

Hiermit haben die Beschäftigten auch zukünftig den Nachweis über die Arbeitsunfähigkeit.

Darüber hinaus hat der Arbeitgeber weiterhin das Recht, die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 EFZG früher zu verlangen.

Wen betrifft diese Änderung nicht?

Alle privat Krankenversicherten, die kein Mitglied der Kassenärztlichen Vereinigung sind sowie freiwillig gesetzlich krankenversicherte Beamtinnen und Beamte haben weiterhin die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung in Papierform vorzulegen.

Sollten Beschäftigte im Ausland erkranken und dort eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausgestellt wird.

Sönke Patzer
Stellv. Bundesvorsitzender
Vorsitzender AG Tarif BSBD

Junger BSBD fordert bessere Personalausstattung

Vorfall in der JVA Burg muss Politik wachrütteln



Foto: N. Theiss/stock.adobe.com

Die Geiselnahme der Kollegen in der JVA Burg macht uns zu tiefst betroffen und wir sind mit unseren Gedanken und besten Wünschen bei ihnen. Es sind nicht immer die körperlichen Wunden, die heilen müssen, sondern zumeist die seelischen Narben, die bleiben.

Der Vorfall veranschaulicht ein weiteres Mal die immer präsenste Gefahr und das nicht absehbare Risiko unseres Berufs. Es hätte in dem Fall jeden Mitarbeiter im Justizvollzug treffen können. Wir dürfen froh und dankbar sein, dass niemand nachhaltig körperlich zu Schaden gekommen ist.

Es ist allein den Mitarbeitern der JVA Burg zu verdanken, dass die Geiselnahme innerhalb der Mauern beendet werden konnte. Dies liegt zum einen an der guten Ausbildung, als auch an dem hohen persönlichen Engagement jedes einzelnen Beteiligten. Ein weiteres Mal stellt sich die Frage, ob solche Vorfälle präventiv vermeidbar sind.

Ein reiner Verwahrvollzug oder die dauerhafte Unterbringung in Einzelhaft sind nach deutschem Gesetz verboten. Es liegt auf der Hand, dass Einzelhaft und die ständige Isolierung von schwierigen Charakteren nur ein weiterer Nährboden für psychische Störungen sind. Wir drehen uns in Sachen Sicherung und Resozialisierungsgedanke im Kreis. Das einzige, was machbar wäre, ist die Gefahr noch weiter zu minimieren.

Bundesinnenministerin **Nancy Faeser (SPD)**, welche ja gar nicht für den Justizvollzug zuständig ist, hat gefordert, dass alle Justizvollzugsanstalten auf ihre Sicherheitseinrichtungen über-

prüft gehören. Wie sich das die Bundesinnenministerin vorstellt und wie dies auch der Bund mitgestalten wird, scheint uns fraglich. Aber eins sollte uns allen bewusst sein, das höchste Gut, welches eine Gefahr verringert, ist eine gute Personalausstattung. Deshalb fordern wir, dass auf jeder Abteilung mindestens immer zwei Bedienstete gleichzeitig ihren Dienst verrichten, um sich gegenseitig zu schützen und ihrem Auftrag nach einem sicheren Unterbringen von Straftätern auch gewissenhaft nachgehen zu können.

Es sollten spezielle Abteilungen für gefährliche Gefangene aufgebaut werden, in diesen sollte die Personalausstattung um mindestens einen weiteren Kollegen erhöht werden, getreu dem Motto: „Viel hilft viel!“

Es ist schade zu beobachten, wie jetzt in der Presse über den Vorfall gesprochen wurde. Der Täter äußerte, er wolle den Märtyrertod sterben und dass er zu allem bereit ist, um dieses Ziel zu erreichen. Wir bezweifeln sehr, dass irgendjemand eine spezielle Schuld an dem Vorfall zugesprochen werden kann.

Auch bedauern wir es sehr, dass sich Bundesjustizminister **Marco Buschmann (FDP)** bis dato nicht zu dem Vorfall geäußert hat oder sogar schützend vor die Kolleginnen und Kollegen gestellt hat.

Wir bedanken uns herzlich für den überdurchschnittlich gezeigten Mut der eingesetzten Kollegen bei dem erfolgreichen Zugriff und die Beendigung der Geiselnahme. Wir sind in Gedanken bei den beteiligten Bediensteten und wünschen allen alles erdenklich Gute.

Vivian Wernert & Philipp Weimann
Bundesleitung Junger BSBD